

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Postzelle 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Abholung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Der Arbeitnehmer als Wirtschaftsträger

Die Erkenntnis in der deutschen Arbeitnehmerschaft wächst, daß es richtiger ist, sich mehr praktischer Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zu sichern, als den Sozialistentheoretikern nachzulaufen. Wer aber praktischen Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben will, kann nicht am Kapitalmarkt vorbeigehen. Hier liegt der Hebel des Wirtschaftslebens. Die vielen Millionen von Arbeitnehmern, die sich durch ihre Gewerkschaften um die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bemühen, sehen halb ein, daß schließlich nicht die Höhe des Lohnes, sondern seine Kaufkraft ausschlaggebend ist. Sie versuchen deshalb mit Erfolg durch Gründung von Konsumvereinen mit eigenen Produktionsstätten und durch den Aufzug von Wohnungs- und Bauproduktionsgenossenschaften Einfluß auf den Waren- und Bauproduktionsmarkt (Wohnungswirtschaft) zu erlangen. Sie gehen dabei vorsichtig und stappweise vor, so daß Rückschläge von größerem Ausmaß ihnen bisher erspart blieben.

Wenn man sich nun schon erfolgreich für die Arbeitnehmer auf dem Arbeits-, Waren- und Bauproduktionsmarkt betätigt, was lag da näher, als der Gedanke, durch Zusammenfassung der gewerkschaftlichen, der genossenschaftlichen und der Spargelder der Mitglieder in eigenen Bankunternehmungen auch den Einfluß auf den Kapitalmarkt zu versuchen. Man tappte in Deutschland in der Beziehung auch keineswegs im Dunkeln, Musterbeispiele von gut geleiteten und erfolgreichen Arbeitnehmerbanken waren in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika vorhanden. Von den anderen europäischen Ländern weisen Oesterreich, Belgien, Dänemark und Norwegen bereits Arbeitnehmerbanken auf. In Nordamerika sind seit dem Jahre 1920 allein schon 23 Arbeitnehmerbanken entstanden. Bei einigen ist der Bund der nordamerikanischen Gewerkschaften der Gründer und Träger der Bankgesellschaften, bei den meisten sind es jedoch die Berufsverbände. Die bedeutendste der nordamerikanischen Arbeitnehmerbanken ist wohl die der Lokomotivführer in Cleveland. Sie besitzt ein eigenes sechsjähriges Bankgebäude, wurde mit 1 Million Dollar Stammkapital gegründet und verfügt nunmehr bereits über 25 Millionen Dollar an Geldmitteln. Fast alle diese Banken haben Filialen in den verschiedenen Landesstaaten errichtet. Die Art der Gelddarlehens der Arbeitnehmer richtet sich nach den jeweiligen Erfordernissen. Einzelne Banken nehmen entscheidenden Einfluß auf bestimmte Bahngesellschaften, andere legen die Gelder in Anleihen oder Handelsgeschäften an, eine andere hat enge Verbindung mit den amerikanischen Farmern. Durch Kreditgewährung an die Farmer übt diese Bank z. B. einen für die Verbraucher günstigen Einfluß auf die Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus. Es ist für das klassische Land des Kapitalismus mit seinen Bankfürsten typisch, wenn ein bedeutender amerikanischer Arbeitnehmerführer selbstbewußt erklärte: „Wenn die Arbeiter die Macht gebrauchen, die sie in Händen haben, so könnten sie in 10 Jahren die Finanzpolitik der Vereinigten Staaten kontrollieren.“

In Deutschland war es die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung, die der Aufforderung Stegerwalds auf den Effenener Kongress im Jahre 1920 folgte und als erste mit der Errichtung einer eigenen Bank auf den Plan trat. Später folgte der Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaftsbund der Angestellten mit einer eigenen Wirtschaftsbank. Die sozialistischen Gewerkschaften bildeten Mitte 1924 eine bis dahin bestehende Vermögensverwaltung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in eine Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten um. Die von den christlich-nationalen Arbeitnehmern im Jahre 1921 errichtete Deutsche Volksbank A.-G. in Effen-Nuhr hat bereits ein eigenes wertvolles Bankgebäude, und in Duisburg, Düsseldorf, Münster, Hamburg, Saarbrücken und Berlin Filialen errichtet. Sie ist an einer Reihe von Unternehmungen zum Teil ausschlaggebend beteiligt, und zahlreiche Privatfirmen sowohl des Mittelstandes wie auch des Handels und der Industrie haben zu ihr Vertrauen gefaßt und wickeln ihre Geldgeschäfte nur noch bei ihr ab. Im Jahre 1922 wies die Deutsche Volksbank einen Reingewinn von 16 896 550 Mark auf, und im Jahre 1923 erzielte sie einen Reingewinn von 728 961 Goldmark. In beiden Jahren wurde in weitestgehender Weise von der Verteilung einer Dividende Abstand genommen. 1922 wurde der Gewinn auf neue Rechnung vorgetragen und 1923 wurden 200 000 Goldmark dem Reservefond überwiesen, während der Rest zur hundertprozentigen Aufwertung der eingezahlten Sparguthaben diente. Für diese Aufwertung der Sparguthaben wurde ein hoher Goldmarkbetrag durch Generalversammlungsbeschluß vom 23. Juni 1924 zurückgestellt. Sie rangiert damit in der Reihe der wenigen Geldanlegestellen, die die Einlagen voll aufwerten.

Nachdem nunmehr auch die deutschen Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftlichen Organisationen, ähnlich wie die amerikanischen, klar erkannt haben, daß die Kontrolle über die Kreditquellen der Wirtschaft für die Gleichberechtigungsbemühungen der Arbeitnehmerschaft und von unübersehbarer Bedeutung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist, geht sie natürlich daran, wie schon betont, auch die kleinen und kleinsten Sparguthabensbeiträge aus Arbeitnehmerkreisen den eigenen Arbeitnehmerbanken zuzuführen. Man rechnete vor dem Kriege mit einer jährlichen Kapitalvermehrung von 6 bis 7 Milliarden Mark, und die öffentlichen Sparkassen hatten 1913 einen Einlagebestand von etwa 20 Milliarden Mark, der sich jährlich um etwa 700 Millionen Mark vermehrte. Diese Spareinlagen rührten zweifellos zum größten Teil von Arbeitnehmern her. Auch das Vermögen der verschiedenen Versicherungsträger, das sich um jährlich rund 500 Millionen Goldmark vermehrte, stammt zu einem erheblichen Bruchteil ebenfalls aus Arbeitnehmerkreisen. Und wenn man noch die Arbeitnehmereinlagen bei den Banken, das Vermögen der Konsum- und Baugenossenschaften usw. hinzuzieht, dann ergibt sich, daß ein ganz bedeutender Teil des in der deutschen Wirtschaft tätigen Kapitals von den Arbeitnehmern gestellt wurde. Diese begnügten sich mit einer mehr oder minder guten Verzinsung ihrer Gelder und überließen es anderen, mit ihrem Geld Geschäfte zu machen und die Wirtschaft entscheidend zu beeinflussen. Es fehlte eben an der Zusammenfassung der Arbeitnehmersparbarkeit und an der Geltendmachung eines gemeinsamen Willens.

Das wird nun anders werden. Natürlich ist die Entwicklung eine langsame, wie ja solide wirtschaftliche Entwicklungen überhaupt langsam vor sich gehen. Jedenfalls besteht absolut die Möglichkeit, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft in der Wirtschaft breitere als Geldgeber entscheidend mitbestimmen können. Auf alle Fälle ist dieses Ziel viel realer und leichter zu verwirklichen, als die sogenannten Vollsozialisierungs-Theorien der Kommunisten und Radikalsozialisten. Zur Leitung der Arbeitnehmerbanken und der von ihnen beeinflussten Betriebe werden nur die besten und vertrauenswürdigsten Kräfte bestellt. Nirgends wird und darf sich irgendwelcher Diktatorismus breit machen, man weiß genau, was auf dem Spiele steht.

Von einer ausreichenden praktischen Anteilnahme der deutschen Arbeitnehmerschaft an der deutschen Wirtschaft — die Teilnahme in den öffentlich-rechtlichen Vertretungen derselben genügt nicht — hängt die Sicherheit des Staates und das Wiederhochkommen der deutschen Wirtschaft in hohem Maße ab.

F. Baltrusch.

Aus der Jugendzeit des Verbandes

Von Anton Schmidt, Berlin

Meine Erinnerungen an die ersten Jahre meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit erfüllen mich stets mit innerer Genugtuung und Freude, und zwar deshalb, weil ich erstens glaube, daß alle damals mitarbeitenden Personen ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, dann aber weiter, weil eine ganze Reihe guter, lieber Kollegen, teils bejahrte, ergraute Kämpfer, teils Freunde im besten Mannesalter, auch solche in frühem Jugendjahre vor meinem geistigen Auge auftauchen, Freunde, mit denen es eine Lust war, sich in die Verbandsarbeit zu teilen oder, besser gesagt, mit ihnen zu unternehmen. Es war ihnen nicht vergönnt, das Jubeljahr des Verbandes zu erleben. In der Verbandsgeschichte wird ihr Name stets fortleben; wir verdanken ihnen eben vieles. An manche der noch Lebenden denke ich nur mit stiller Wehmut. Sie haben unserer Sache, für welche sie damals mit Wärme eintraten, die Treue nicht gehalten! Weshalb? Ich will die Frage nicht beantworten. Bei einzelnen könnte ich es, bei anderen wieder nicht. Es genügt ein wehmütiges Gedenken. Von den meisten der noch lebenden damaligen Mitarbeiter muß ich feststellen, sie waren ganze Männer und sind es geblieben. Nicht wenige von ihnen befinden sich in Führerstellung in unserem Verbande, andere haben sich anderweitige Vertrauensstellungen erworben, und ein großer Teil hat durch jahrelange Mitarbeit als Vertrauensmänner ihre Treue bewiesen. Ihnen allen einen kräftigen deutschen Gedenksdruck!

Das rheinisch-westfälische Industriegebiet, die Herzkammer der deutschen Industrie, war damals mein Tätigkeitsgebiet. Wenn wir noch heute in diesem Gebiet die stärkste Mitgliederzahl im ganzen Verbandsgebiet vorfinden, so liegt dies in erster

Linie an dem gesunden Sinn und der religiösen Einstellung unserer dortigen Bauarbeiterschaft. Auch das dort mächtig pulsierende kirchliche Leben, mit dem in beiden Konfessionen gut ausgebildete Arbeiter-, Gesellen- und Jünglingsvereine, hat wesentlich zur Schaffung und Erhaltung unserer Position beigetragen. Aber das eine darf dabei nicht vergessen werden: hätten sich in jenen Jahren nicht so viele Kollegen gefunden, die den Willen und die Kraft hatten, unsere Bewegung vorwärts zu treiben, dann wäre diese Position niemals geschaffen worden. Das Organisationsbedürfnis war eben vorhanden, dafür hatten unsere Arbeitgeber gesorgt. Die sozialistischen Verbände arbeiteten mit Hochdruck, um dieses wichtige Gebiet an sich zu reißen. In manchen Orten lagen die Dinge eben so, wer zuerst kam und aufrittete, hatte die Mitglieder und der zweite das Nachsehen.

Die Agitation

Aus dem eben Gesagten kann man schließen, daß die Agitation damals nicht so schwer war. Sie war es auch nicht! Aber dennoch gab es Berge von Schwierigkeiten zu überwinden. Man bedachte, wir waren alles Leute mit gutem Willen, voller Ueberzeugung und Begeisterung für unsere gute Sache; aber Frage nur niemand nach unseren Kenntnissen. Der eine oder andere hatte keine Ansätze von Schluß im öffentlichen Auftreten und Handhabung der Redekunst in den konfessionellen Vereinen erworben. Ich persönlich verdanke meine wenigen Kenntnisse dem Hochmutter katholischen Gesellenverein. Aber was uns an Kenntnissen abging, wurde durch Mut, ja zuweilen durch Dreistigkeit ersetzt. Eines jedoch kam uns zufluten: auch die Agitatoren der gegnerischen Verbände waren keine Ahrhühner! Wären die damaligen Reden und Gegenreden stenographiert worden, wie würde heute mancher seine eigenen Reden glossieren, aber auch seine damalige „Courage“ bewundern.

Ein wunderbarer Junkt war die Bestreitung der Agitationskosten. In der Kasse unseres Agitationsbezirks, deren längst verstorbenen Verwalter der unbergeliche Kollege Bucharz (Dortmund) war, herrschte ein chronischer Geldmangel. Schickten wir unsere Rechnung an die Hauptkasse, dann wurde uns fast regelmäßig mit dem Ausdruck des Bedauerns mitgeteilt, daß die zentralen Mittel kaum ausreichten, um die dauernden Lohnbewegungen zu finanzieren. Somit mußten die Agitationsausgaben zum großen Teil persönlich bestreitet werden. Das ging so lange, wie man noch in der Lage war, aus den Ersparnissen der Jugendzeit nachzuhelfen. Dadurch entstand allerdings mancher Familienzwist; denn die Frau, als Hüterin des Sparschreibens, konnte sich mit diesen Dingen schlecht abfinden. Der Streit verstummte erst dann, als der letzte Kreuzer abgehoben war. Daß auch bei Agitationsreisen an allen Ecken gespart wurde, ist selbstverständlich. Bei Eisenbahnfahrten benutzte man die vierte Wagenklasse. Konnte man noch zurück, dann schreute eine Nachtfahrt nicht ab. War diese nicht möglich, dann erlaubte man sich höchstens in den Wintermonaten ein Bett im billigen Gasthofe. In den Sommermonaten bildete meistens eine Bank im Parktafel einen Bettezza. Wurde man in späterer Nachfrunde durch den Portier vertrieben, weil Schließung des Gasthofes bis zum ersten Morgenzug erfolgte, dann erlaubte man sich einen Spaziergang in die Anlagen und freute sich, wenn noch eine Bank zum Sitzen einlud.

Die Agitationsveranstaltungen waren meist öffentlich. Manche wurden geschlossen oder verfielen der polizeilichen Auflösung. Das kam daher, weil diese Veranstaltungen nicht nur von Mitgliedern und Freunden unserer Bewegung besucht wurden, sondern auch von Angehörigen der gegnerischen Verbände. Der Streit setzte gewöhnlich gleich bei Eröffnung der Versammlung ein, indem der gesamte gegnerische Troß wie aus einem Munde „Bürowahl“ schrie. Aufständig war man in der Regel nur dann, wenn man wußte, daß man in der Minderheit war. Dann meldete sich ein Fortführer zur Geschäftsordnung und beantragte „Bürowahl“, indem er gleich Vorschläge zur Besetzung der Versammlungsleitung machte. Glaubte der Einberufer die Mehrzahl auf seiner Seite zu haben, so entsprach er meistens dem Antrage; im entgegengesetzten Falle wurde nicht selten auf das Recht gepocht, welches es zuließ, daß der Einberufer die Versammlung selbst leitete. Bei solchen Gelegenheiten setzte dann gewöhnlich eine lange Geschäftsordnungsdebatte ein, die recht oft mit Auflösung durch den oder die überwachenden Polizeibeamten endete.

Einige Beispiele aus der Versammlungspraxis dürften interessieren. Als wir im Oktober 1899 die Verwaltungsjahrele Hochum gründeten, erhielt ich die eigentliche Zeneraufgabe in der Versammlungsleitung. Wir hatten durch

die bürgerlichen Zeitungen alle christlichgesinnten Maurer zu einer Versammlung am Sonntagmorgen einladeten. Im engeren Kreis war vereinbart, ich sollte die Versammlungsleitung übernehmen und gleichzeitig ein Referat halten. Außerdem wurden zwei Kollegen bestimmt, am Saaleingange von jedem Versammlungsbesucher 10 Pf. Eintritt zu erheben. Alles andere war auf gut Glück dem Zufall oder der Entwicklung überlassen. Die Mehrheitsverhältnisse waren mir bei der Eröffnung der Versammlung selbst zweifelhaft. Aber dennoch beantragte ich selbst „Würowahl“. Kaum waren Vorschläge zum Versammlungsleiter erbeten, als die eine Hälfte den Namen des Ortsgruppenleiters vom sozialdemokratischen Maurerverband rief. Ich ließ über mich zuerst abstimmen und stellte die Mehrheit fest. Diese Feststellung wurde angezweifelt. Lange Geschäftsordnungsdebatten. Erneute Abstimmung mit demselben Resultat, endlich Stimmentzettelwahl mit dem Ergebnis, daß wir 71, die Gegner aber 72 Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigten. Ich gab daraufhin die Versammlungsleitung ab und forderte gleichzeitig meine Freunde auf, mit mir das Lokal zu verlassen. Dem wurde Folge geleistet. Wir zogen in ein benachbartes Lokal und gründeten mit 71 Mitgliedern die Verwaltungsstelle Bochum. Die Gegner aber sangen ihre „Internationale“ und zogen siegesbewußt ab.

In Hagen i. Westfalen kam die Gründung der Verwaltungsstelle wie folgt zustande: Da uns jede Verbindung dort fehlte, ging ich einen Sonntag nach dort und beschaffte ein Lokal für eine Versammlung. Ein anderer Kollege von Bochum fuhr einige Tage vor der Versammlung nach Hagen, verbreitete Einladungszeitel und besorgte die polizeiliche Anmeldung. Am Sonntag fuhr ich dann beide hin, mit folgender Rollenverteilung: Ich sollte die Versammlung eröffnen, die Zeitung meinem Freunde überlassen, um dann selbst einen Vortrag zu halten. Es kam anders. Als ich eröffnete, brüllte die ganze Niesenversammlung wie aus einem Munde „Würowahl“. Nach Lage der Dinge hielt ich es für das Wichtigste, diesem Wunsche zu entsprechen. Gewählt wurde einstimmig der örtliche Vorsitzende des sozialdemokratischen Maurerverbandes. Derselbe übernahm den Vorsitz und führte, das muß zu seiner Ehre gesagt werden, die Versammlung musterhaft. Auch sorgte er dafür, daß ich meinen Vortrag ungehindert halten konnte. Nach der Diskussion sprach ich ein Schlusswort und hinter mich sprach nochmals der Versammlungsleiter. Seine Schlussworte waren: „Mögen die Christlichen nach Raderborn, Hagen und Erler gehen. Hier gehört das Feld uns. Dafür werde ich sorgen, daß sie hier nicht einen Mann bekommen.“ In diesem Momente tauchte mein Freund auf, in der Hand ein Bündel ausgefüllter Aufnahme-scheine und sprach nur die Worte: „79 Mann habe ich schon!“ Diese Feststellung löste ein Indianergeheul aus. Aber die „Internationale“ wurde am Schluss nicht gesungen.

Noch eine dritte Versammlung! In Wanne fehlte uns ebenfalls jede Verbindung. Wir versuchten es deshalb genau so wie in Hagen. Doch diesmal kam es anders. Als ich die Versammlung eröffnete, schrie zunächst wieder alles „Würowahl“. Von meinen Bochumer Freunden, welche hier in größerer Zahl erschienen waren, wurde mein Name gerufen, wohingegen die gegnerische Seite, die ihren ganzen Stab aus Dortmund, Bochum und Essen herangeholt hatte, den Namen eines Eisener Kollegen rief. Ich erklärte hierzu kurz: „Der Name Schmidt ist zuerst gerufen, ich lasse über ihn abstimmen!“ Anschließend waren diese Worte bei der Unruhe, welche

herrschte, überhört oder mißverstanden worden, denn alles, Freund und Gegner, erhob die Hand. Ich dankte für das Vertrauen und erklärte, die Wahl anzunehmen. Ein ohrenbetäubender Lärm war die Antwort. Man sah, daß man falsch gestimmt hatte. Ich beharrte jedoch bei dem Resultat und lehnte es ab, dem Antrage auf nochmalige Abstimmung Folge zu leisten. Es ging noch eine Weile wild her, aber allmählich kehrte die Beruhigung wieder. Nun kam eine neue Wendung. Ein Bochumer Zentralverbändler verlangte das Wort zur Geschäftsordnung. Er machte darauf aufmerksam, daß sich drei Bewaffnete und zwei Kriminalschutzleute im Saale befänden und verlangte die Ausweisung eines Bewaffneten, da wir noch dem Vereins- und Versammlungsrecht nur zwei zu dulden brauchten. Da ich es ablehnte diesem Antrage zu entsprechen, setzte wieder ein allgemeiner Tumult ein. Einige Biergläser flogen mir, wie auch den am Vorstandstische sitzenden Beamten am Kopfe vorbei. Was sich nun ereignete, möchte ich am liebsten nicht beschreiben; aber zur Kennzeichnung der damaligen Verhältnisse darf es nicht übergangen werden. Als der überwachende Kommissar jetzt die Versammlung für aufgelöst erklärte, setzte ein Hagel von Biergläsern ein. Die Beamten zogen blank und hieben in die Menge. Am Saalausgange arbeiteten die beiden Kriminalbeamten, zwar nicht mit blanken, aber mit anderen Waffen. Beschämt über diese Vorgänge verließ ich über der Bühne den Saal. Anduldsamkeit und Vergebung hatte diese Tragödie heraufbeschworen. Der Zweck der Versammlung war an diesem Sonntag nicht erreicht. Aber am Donnerstag derselben Woche traten 34 Kollegen, welche durch die Sonntagversammlung aufgerüttelt waren, unserer Verbände bei. (Fortsetzung folgt.)

Naivität oder Heuchelei?

Die Vereinigung der deutschen Arbeit-geberverbände wendet sich mit einer Presseerklärung gegen Ausführungen des Reichsanwalters Dr. Marx auf dem Hannoverischen Katholikentage, die deshalb ihr besonderes Mißfallen erregt haben, weil darin die Mahnung ausgesprochen war, die Arbeitgeber dürften ihre Macht nicht bis zum äußersten ausnützen, sondern müssten Gerechtigkeit üben. Aus der Veröffentlichung spricht die ganze Selbstgerechtigkeit, die mehr oder minder alle neuerlichen Verlautbarungen dieser Stelle „auszeichnet“. So daß hier auf eine Wiedergabe verzichtet werden kann. Ein Satz verdient jedoch der Vergessenheit entzogen zu werden:

„Eine solche Aufforderung an die deutsche Arbeit-nehmererschaft („mit ihren sozialpolitischen Zielen dieser Lage Rechnung zu tragen“) wäre um so dringlicher, als neuerdings aus Gewerkschaftskreisen bekannt wird, daß man sich dort mit der Ansammlung von Geldmitteln auf neue schwere wirtschaftliche Kämpfe vorbereitet.“

Wie geheimnisvoll, ja schaurig das klingt! Man hört ordentlich den Schreck, der dem braven deutschen Spießbürger, wenn er solcher liest, ins schlotternde Gebirn fährt. Aber im Ernst: War's Naivität oder Heuchelei, die die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände den vorstehenden grotesken Satz niederschreiben ließ? Wenn sie im Ernste in der Ansammlung von Geldmitteln zu Kampfwegen — es gibt doch auch Ver-tei-digungskämpfe! — eine Ungeheuerlichkeit sieht, dann wollen wir hariggesottene Sünder ihr freimütig bekennen: Wir haben, so lange unser Verband besteht, nichts anderes getan! Aber nein, — so ist es ja auch

nicht richtig. Der Verbandsbeitrag, die einzige Geld-quelle des Verbandes, wird für die allgemeinen Ver-bandszwecke erhoben. Der Kampf im Angriff ist das alleräußerste und letzte Mittel, das wir anwenden. Wenn wir mit unseren Arbeitgebern schiedlich-friedlich zu Rande kommen, so sind wir herzlich froh darüber. Die Ver-bandsgelder gehen dann ausschließlich für die Kultur- und Fürsorgezwecke des Verbandes zur Verfügung. Be-sondere Kampffonds haben die Gewerkschaften im all-gemeinen nicht, nur allgemeine Verbandskassen.

Aber auf Arbeitgeberseite gibt es solche aus-gesprochenen Kampffonds! Warum verschweigt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-verbände der Öffentlichkeit, daß sie sel-ber einen solchen Kampffonds ins Leben gerufen hat und also daselbe tut, was sie den Ge-werkschaften beinahe als eine Greuelhaftigkeit auslegt? Sollte die Erinnerung verjagen, dann bitten wir das andere Arbeitgeber-Zentralorgan, die „Deutsche Arbeit-geberzeitung“ vom 16. März d. J. zur Hand zu nehmen. Dort stand wörtlich zu lesen:

„Gewiß muß alles versucht werden, auf gütlichem Wege die der deutschen Wirtschaft und damit dem ganzen Volke drohenden neuen schweren Schäden zu beschwören. Aber es wäre verkehrt, wollte die Ar-beitgebererschaft nicht die Mittel bereit-stellen, deren Vorhandensein entweder die Gegenseite von erneuten, weil aussichtslosen Streiks noch in letzter Stunde zurückhält oder die Gewähr für einen erfolg-reichen Ausgang des Kampfes bietet. Zu diesem Zweck hat die Vereinigung der deutschen Arbeit-geberverbände bekanntlich vor einigen Jahren den „deutschen Streikschutz“ gebildet, damit sich die Mitglieder der V. d. A. gegen Streikscha-den bei ihm versichern.“

Offentlich kommt die Vereinigung der deutschen Ar-beitgeberverbände nicht mit dem Einwand, ja, diese Gelder werden nur zu Verteidigungszwecken angeammelt. Darauf wäre zu antworten, daß die Gewerkschaften ebenfalls nur zu Verteidigungszwecken sich eine finanzielle Rüstung zu-legen. Sollte man erwidern, die Gewerkschaften hätten aber doch gestreikt, seien also im Angriff gewesen, so kann die Antwort nur lauten, daß ja auch die Arbeit-geber, trotz des Verteidigungscharakters ihrer Kasse, aus-gespart, also ihrerseits angegriffen haben. Was die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ eingangs des vorstehen-den Zitats schreibt, trifft haarscharf auch auf die Ver-hältnisse der Arbeitererschaft zu, es brauchen nur zwei Worte geändert zu werden: „Gewiß muß alles versucht werden, auf gütlichem Wege die der deutschen Wirtschaft und damit dem ganzen Volke (durch Lohnbrück!) drohenden neuen schweren Schäden zu beschwören. Aber es wäre verkehrt, wollte die Arbeitererschaft nicht die Mittel bereitstellen, deren Vorhan-densein entweder die Gegenseite von er-neuten, weil aussichtslosen Aus-sperrun-gen zurückhält oder die Gewähr für einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes bie-tet.“ Notabene: Es ist in diesem Jahre viel mehr aus-gespart als gestreikt worden.

Wir sind ehrliche Freunde einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und bekennen uns demgemäß mit aller Entschiedenheit zum Gedanken der Arbeitsgemeinschaft. Aber wenn man Äußerungen, wie die obige, liest, dann will uns scheinen, daß noch sehr viel Wasser die Spree hinunterfließen muß, ehe die beiden Partner sich auch nur verstehen, von einer weiter-gehenden Verständigung ganz zu schweigen.

Geh, o Mensch, und säe Samen
In den Acker deiner Zeit,
Deines Wohltuns edle Saaten
Reifen für die Ewigkeit;
Darfst du heut nicht Früchte schauen,
Lerne auf die Zukunft bauen;
Wenn schon lang dein Sägel grün,
Kann dir noch die Ernte blüh'n.

Geol.

Vom Werden des deutschen Staates

VIII.

Die schlimmsten Folgen der religiösen Streitigkeiten waren die Religionskriege in Deutschland. Daß bei der Auffassung der Zeit: „cuius regio, eius religio“ der Kaiser, die Fürsten und dadurch das Volk zum alten Glauben zurückzwingen wollte, ist verständlich. Aller-dings ahnte man auch damals schon dunkel etwas von der Art des Geisteskampfes, der mit Knüppeln und Sa-warden nicht entschieden werden kann, und deswegen hatten die Anhänger der neuen Lehre auf dem zweiten Reichstag zu Speyer 1529 „Protest“ (daher Protestan-ten!) dagegen eingelegt, daß sie durch Mehrheitsbeschluß gezwungen werden sollen, ihren Glauben zu ändern. Aber sie schlossen dann doch ihren militärischen „Schmal-länderer Bund“ und waren bereit, ihre Überzeugung mit den Waffen zu vertreten. Religiöse Bedenken wegen der Empörung wurden von den Fürsten dadurch zer-streut, daß man darauf hinwies, daß die Fürsten vor dem Kaiser im Reich existiert hätten, sie also im frü-heren Recht keine Empörung vornehmen konnten. Diese Auffassung weiter verfolgend, kommen wir in gerader Linie zu der heutigen „Souveränität des Volkes“, — das Volk ist letzten Endes sich selbst höchster Gesetzgeber, — da es vor keinen Fürsten da war. Außerdem war noch Luthers Lehre der Axt das Haupt der Landesherren, da da kirchliche Dinge über den weltlichen stehen, in ihrer Verteidigung auch gegen den Kaiser verpflichtet. So kommt es zum Schmalkdenner Kriege, der noch

anfänglichem Erfolge für den Kaiser durch Verrat un-glücklich endet. Der Verräter war der sächsische Her-zog Moritz, ein Protestant, der zuerst auf Seiten des Kaisers kämpfte, um die Kurwürde und Gebietsweite-rungen herauszuschlagen. Klüßlich aber wandte er die Front und verbündete sich sogar mit den Franzosen, denen er für ihre Unterstützung Metz, Toul und Verdun überließ. Die beiden letzteren Bistümer blieben für immer dem Reiche verloren, das erstere bis zum Jahre 1871 und ging dann 1918 wieder verloren.

Moritz von Sachsen war der erste, der in Großen Politik und Religion verquidete. Solche Verwirrung er-reichte das größte Ausmaß im Dreißigjährigen Kriege (1618—1648), der aus einem Religionsstreit zum Lüm-melplatz persönlicher Leidenschaften und zum Austrag politischer, besonders territorialer Gelüste ganz Eu-ropas wurde. Dänen, Schweden, Franzosen, Spanier, Italiener, Deutsche gegen Deutsche, alles kämpfte auf dem zerstörtesten Boden unserer Heimat. Ein paar Schlachtfelder mögen jenes verworrene und beschämende Bild erleuchten. Ballenstein, Heerführer des Kaisers und der Katholiken, ist selbst vielleicht überhaupt kein Katholik, arbeitet aus Ehrgeiz und für persönliche Macht gegen den Kaiser und knüpft Verhandlungen mit den Schweden an; der Fortkämpfer der Protestanten, der Schwedenkönig Gustav Adolf, kommt über das Meer, um deutsches Gebiet an sich zu reißen und selbst wo-möglich deutscher Kaiser zu werden; der Kardinal Ri-chelieu läßt die französischen Truppen aus politischen Gründen auf Seiten der Protestanten kämpfen! Diese Beispiele genügen, um die allgemeine Verwirrung zu kennzeichnen. Niemals war Deutschland so verwahrloht, vernichtet, verelendet, ohnmächtig, wie bei dem Welt-fälligen Frieden 1648, bei dem fast alle Nationen sich ein Stück vom Fell des deutschen Opferlammes los-schnitten.

Ziehen wir die politisch-nationalen Konsequenzen aus der Zeit der Religionsstreitigkeiten. Zu Beginn, 1519, haben wir ein loses, aber immerhin doch geeintes Reich unter dem Kaiser Karl V., dem außerdem die halbe Welt gehorcht. Unter ihm verschlechtert Moritz von Sachsen Metz, Toul und Verdun an die Franzosen. Wegen seiner Mißertfolge gegen die deutschen Fürsten legt Karl die Krone nieder und teilt das Reich. Dadurch fallen alle Ansprüche des Reiches auf Italien, die der Keisern der mittelalterlichen Kaiserpolitik gewesen waren, an

Spanien. Ferner gehen dem Reiche die niederrheinischen Gebiete Utrecht, Geldern und Cambrai verloren, denn Karl hatte sie mit zur spanischen Herrschaft geschlagen, und seit dem bald folgenden Befreiungskrieg sind sie niederländisch. Im 30jährigen Kriege verloren wir ganz Vorpommern an die Schweden, dazu fast die gesamte Ost- und Nordseeküste und endlich wurde ein gut Teil Elsaß französisch.

Damit nicht genug, das Reich verfiel fast vollständig. Die einzelnen Landesfürsten konnten jetzt als selbständig Bündnisse untereinander und sogar mit auswärtigen Mächten, nur nicht gegen das Reich, abschließen. Das verarmte und verarmte Land zählte noch einen Bruch-teil seiner Bewohner. Die ehemals stolze Seemacht der Hanse war verfallen, weil keine politische Macht hinter ihr stand. Ringsum aber hatten gerade damals die natio-nalen Staaten sich entwickelt und befestigt.

So haben die Protestanten ihre Gewissensfreiheit sich vom nationalen Standpunkt aus teuer erkauft. Allerdings stehen den Verlusten dieser Zeit auch große Gewinne für das Geistesleben gegenüber. Durch den allgemeinen Anteil des Volkes am religiösen Streit wurden die Traktate viel gelesen, dadurch die Buch-druckerkunst schnell verbreitet. In engem Zusammen-hang damit steht die Ausbildung unserer neu-hochdeutschen Sprache. Es war die Sprache der säch-sischen Kanzlei, und ihrer bediente sich Luther bei seiner Bibelübersetzung, seinem Katechismus, seinem Gesang-buch. Durch die Taufe, die die Bücher aufnahm und lasen, wurden die Dialekte in Buch und Schrift bald verdrängt. Vor allem aber hat sich die Stellung unseres Bildungswesens seit damals verändert. Luther wies ihre Pflege dem Staate zu (im Mittelalter war die Kirche die Mutter der Schulen) und im neuen Sinne der Lehr- und Lernfreiheit gestalteten sich nun vor allem die Universitäten, von denen aus ja auch die Refor-mation ihren Anfang genommen hatte. (Wittenberg.)

Der große Leibniz sagt, am Ende des 30jährigen Krieges wäre dem deutschen Volke gar nichts übrig geblieben als nur der Fleiß und der Arbeitswille. Er hat sich überraschend schnell wieder, wenn nicht zur Blüte, so doch zum auskömmlichen Leben emporgear-beitet. Heute sind wir in ähnlicher Lage; möge und deutscher Fleiß und deutsche Arbeit wieder emporheben.
Georg Nowotnik.

Mehr Wille zur Selbsthilfe!

Weite Arbeiterfreise sind noch immer in der Revolutionärspsychose befangen, erwarten demgemäß alle Hilfe vom Staat. Demgegenüber haben wir oft an dieser Stelle betont, daß die Arbeiterschaft entscheidend nur durch die Selbsthilfe vorangebracht worden ist. Unsere Ausführungen werden im neuesten Heft der „Deutschen Arbeit“ durch einen Aufsatz des „Zentralblatt“-Redakteurs Kollegen Hansen nach verschiedenen Seiten unterstrichen und ergänzt:

In der Vorkriegszeit hat es kaum einen ernsthaften Gewerkschaftsführer gegeben, der glaubte, daß es möglich sei, in absehbarer Zeit eine Arbeitsdauer gesetzlich festzulegen, die für die Arbeitnehmerschaft mehr bedeute, als die Sicherung eines hygienischen Maximalarbeitstages. Abgesehen von Vorschriften über die Arbeitszeit sogenannter „geschützter Personen“ (Jugendliche, Arbeiterinnen und Angehörige besonders gesundheitsgefährdender Gewerbe und Industrien) konnte man allgemäin gültige gesetzliche Arbeitszeitbestimmungen vor dem Kriege nicht. Es gab weder eine gesetzliche Normal- noch eine Höchstarbeitszeit. Trotzdem die verschiedensten Anläufe gemacht wurden, eine Forderung herbeizuführen, und schließlich das festzulegen, was nicht nur ideenmäßig, sondern auch praktisch bereits Allgemeingut des Volkes geworden war, konnte die Festlegung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages nicht erreicht werden.

Man hat damals in der Gewerkschaftsbewegung die Nichterreichung jenes Zieles keineswegs tragisch genommen. Fühlten sich doch die Gewerkschaften stark genug, durch das Mittel der Selbsthilfe, Zug um Zug, die Arbeitszeit zu verkürzen. Was eine gewerkschaftlich gut disziplinierte Arbeitnehmergruppe zu erreichen wußte, blieb nicht ohne Rückwirkung auf die Arbeitsbedingungen jener, die von gewerkschaftlicher Betätigung nichts wußten. Selbst in den sozialistischen Arbeiterkreisen, die schon seit Jahrzehnten als Ziel den achtstündigen Maximalarbeitsstag betrachteten, hat man geglaubt, auf dem Wege der gewerkschaftlichen Selbsthilfe dieses Ziel am ehesten und am sichersten zu erreichen.

Heute ist der erheblichste Teil der deutschen Arbeitnehmerschaft über solche Anschauungen hinaus. Nicht mehr steht sie das größte Vertrauen auf die eigene Kraft, alles Heil wird vielmehr von oben herab, von der staatlichen Reglementierung erwartet. Nachdem in der Revolution (nach Scheidemann) „das Volk auf der ganzen Linie siegt hat“ und der Achtstundentag durch Verordnung des Rates der Volksbeauftragten für die gewerblichen Arbeitnehmer als normale Arbeitszeit festgelegt wurde, zeigt sich innerhalb der Gewerkschaften eine Ueber-schätzung der Macht des Staates und des Wertes staatlicher Regelungen, die durch auf das Bemühen freier Kräfte zurückzuführender Entwicklungen nicht genügend fundamentiert sind. Kann man auch das Festhalten an dem einmal Erreichten verständlich finden, so ist doch die Gefahr, die der Gewerkschaftsbewegung aus der Ueber-schätzung der Macht des Staates erwächst, nicht hoch genug anzuschlagen. Durch den Glauben an die Allmacht des Staates werden die besten Kräfte der Selbsthilfe gelähmt. Der entschiedene Wille zur Einsetzung der eigenen Kraft tritt zurück. Aus der positiven Gestaltung der Dinge durch die Selbsthilfe entwickelt sich eine richtigere Einschätzung der staatlichen Kräfte, die doch auch nicht alles und jedes vermögen. — Stärker wie je wird die Abneigung der Massen gegen den Staat — ausgerechnet gegen den demokratischen Staat — der nicht das bringt, was man erwartet.

Gleiches, wie auf dem Gebiet der Arbeitszeitgestaltung tritt uns entgegen bei der Regelung der Lohnverhältnisse. Früher Kampf im einzelnen um jeden Pfennig Lohnerhöhung; Tarifverträge gab's nur insoweit, wie die gewerkschaftliche Kraft reichte. Das gewerbliche Schlichtungswesen wuchs ganz auf dem Boden der Freiwilligkeit, d. h. nur dort, wo die gewerkschaftliche Entwicklung den Boden dafür bereitet hatte. Heute ist der Wille zur Selbstgestaltung stark zurückgetreten. Das amtliche Schlichtungswesen ist die Hoffnung für Lohnerhöhungen, die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchern der Ausbruch tariflicher Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Gleichberechtigung der Arbeitnehmer bei der Gestaltung des Arbeitsvertrags.

So richtig es ist, daß der Staat sich bemüht, den Schwachen gegen den Starken zu schützen, den Faustkampf durch schiebliche und friedliche Regelungen abzuwehren, das geschwächte Wirtschaftsleben vor Erschütterungen zu bewahren, so gefährlich ist diese Entwicklung für die Gewerkschaftsbewegung, und schließlich auch für den Staat selbst. Heute, wo wir klarer, wie je, die Tatsache vor Augen sehen, daß der Staat die Wirtschaft wohl beeinflussen, aber nicht beherrschen kann, muß die Staatsautorität leiden, wenn sie in der Erfüllung von Erwartungen versagt. Die Gewerkschaftsbewegung muß in ihrer inneren Kraft geschwächt werden, wenn der Blick ihrer Anhänger dort auf Lösungen hofft, wo sie nicht fallen können, wo der Glaube an die eigene Kraft versiegt, an überspannten Hoffnungen auf die staatliche Macht. Zu Hunderttausenden haben bereits jene den Gewerkschaften den Rücken gekehrt, die seit den Tagen der Revolution glaubten, sie brauchten nur gewerkschaftlich organisiert zu sein, und der Staat werde ihnen auf dem Präsentierteller alles das darbieten, was sie ersehnten. Der Abgang der so denkenden Kreise aus den Gewerkschaften ist für diese kein Verlust. Entscheidend für die Wirksamkeit und den Erfolg der Gewerkschaften ist weniger die Zahl, als der Geist. Notwendig aber erscheint, daß auch der Geist in den Gewerkschaften wieder ein anderer wird, und der Glaube an die Vormachtstellung der Selbsthilfe die Hoffnungen auf staatliche Regelungen verdrängt. Wird diese geistige Umwandlung und Einstellung nicht erzielt, so bleibt nicht nur die Gefahr der Abwanderung der Mitglieder akut, sondern auch die der Lähmung der Durchschlagskraft bei den notwendigen Aktionen der Selbsthilfe.

Am 11. Oktober 1924 ist der einundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1924 fällig.

Allgemeine Rundschau

„Fuhle Müler“

Unter dieser Stichmarke läßt die „Düsseldorfer Zeitung“ (vom 14. September 1924) ihren Sonntagsplauderer folgendes schreiben:

„Von dem Willen zur Not- und Arbeitsgemeinschaft sind viele Arbeiter noch weit entfernt. Sie glauben noch immer blindwütig an die alleinseligmachende Wirkung des Klassenkampfes. Das haben die Bauhandwerker in den letzten Tagen wieder bewiesen. Ohne jede Rücksichtnahme auf die schwere Lage des Wohnungsmarktes wurden Lohnforderungen ins Uferlose hinein erhoben, bei denen der dunkle Punkt der war, daß für acht Stunden tatsächlicher Arbeitszeit zehn Stunden bezahlt werden sollen. Aber wenn wenigstens noch acht Stunden lang intensiv gearbeitet würde! Nein, Kaffeepause, Frühstückspause, Mittagspause und wieder Kaffeepause, das scheint bei den meisten der Zweck der Arbeit zu sein. Der Bauarbeiter ist fern und der Polier kann nicht überall sein. Es gibt ein Wort: „Fuhle Müler“, das besagt genug. Es ist eine Krankheit, eine Art Berufskrankheit; und dazu kommt noch die zielbewußte „Sabotage des Unternehmers“.“

Man sagt sich: „Was solle mer e ganz Hus baue, wo mer jelbs mer zwei Zimmer hant.“

Nun kommt der Winter, das Bauen wird eingestellt und die Bauhandwerker selbst haben das Nachsehen trotz ihrer erhöhten Löhne. Der Ansturm wird zur Plage.“

Mit solchen Hanswursterereien sich ernstlich auseinanderzusetzen, verbietet uns die Selbstachtung. Lediglich für die Öffentlichkeit sei festgesetzt, daß selbstverständlich die Bauarbeiterverbände niemals gefordert haben, für acht Stunden geleiteter Arbeitszeit mühten zehn Stunden bezahlt werden. Wohl aber ist richtig, daß sich die Unternehmer gelegentlich bei Bauarbeitermangel mit solchen oder ähnlichen Praktiken gegenständig die Leute abgetrieben haben. Selbstverständlich auch, daß es im Baugewerbe nicht vier, sondern in der Regel nur zwei Pausen gibt, und ebenso selbstverständlich, daß diese außerhalb der festgesetzten Arbeitszeit liegen. Für die obige Schmiererei gibt es nur eine Erklärung: entweder hat der Schreiber sich angemacht, über Dinge zu schreiben, von denen er nicht die blaueste Ahnung hat, oder er ist ein verkehrberühmter Ehrabschneider. Er mag wählen.

Unternehmer-Rechenkunft

Was es mit der „Wissenschaftlichkeit“ der von Arbeitgeberseite häufig der Öffentlichkeit unterbreiteten Zahlen auf sich hat, macht R. im „Deutschen“ an zwei drastischen Beispielen klar.

In seinem ersten Aufsatz „Wirtschaftliche Einsicht“ zählt Herr Geh. Kommerzienrat Ernst von Vorjig „als weitere Ursache für den Produktionsrückgang, die vielen ausfallenden Arbeitstage in den letzten fünf Jahren“, wie folgt auf:

1919--1922 Ausfall durch Streik	160 Mill. Arbeitstage
Urlaub	160
Summa	320 Mill. Arbeitstage

gerechnet zu 8 Stunden ergibt das einen Ausfall von 2560 Millionen Produktionsstunden. Auf solchem Wege ist man zu einer imponierend großen Zahl gekommen, deren relativer Bedeutungswert jedenfalls mit Absicht vollkommen im Dunkel gelassen wurde. Hohen vor die Bedeutungsprüfung nach, dann verkleinert sich die Zahl wie folgt. Nehmen wir mit dem Arbeitgeberverband die Kathenaussage Schätzung als richtig an, die den Wert einer Produktionsstunde für die Volkswirtschaft mit 50 Pf. angibt, so kommt der obige Ausfall an Produktionsstunden durch Streik und Urlaub einem volkswirtschaftlichen Geldverlust von 1280 Millionen Goldmark gleich. Nehmen wir weiter an, der Verlust verteilte sich gleichmäßig auf alle Arbeitnehmer, so würde das bei 10 Millionen Arbeitnehmern in den fünf Jahren auf die Arbeitsstunde einen Lohnausfall von

$$\frac{1280 \text{ Mill. Gmk.}}{5.300.8.10 \text{ Mill.}} = 1,07 \text{ Pf.}$$

Selbst wenn also der ganze obige Produktionsausfall restlos unterblieben wäre und die gesamten in dieser Zeit erzeugten Werte voll der Arbeiterschaft zugute gekommen wären, würde das Ergebnis eine Lohnerhöhung von einem einzigen Pfennig pro Stunde gewesen sein. Um diesen Betrag wird aber die Arbeiterschaft niemals das Streikrecht und den Urlaub verkaufen. Wir sehen also, wie eine große Folge Zahl in nichts zerfällt, wenn sie auf ihren Bedeutungswert gewissenhaft geprüft wird.

Ebenso verhält es sich mit den Zahlungsmitteln in der Arbeitgeberpropaganda über Lohnpositiv. Greifen wir ein Beispiel heraus. S. 23 dieser Propaganda wird die Behauptung aufgestellt, daß die Belastung des Arbeiters durch Einkommensteuern in der Vorkriegszeit nur unerheblich abwich von der Belastung im augenblicklichen Zeitpunkt. Die Mehrbelastung betrage höchstens 1-2 Prozent des Lohnes. Diese Zahl erscheint wieder auffallend klein. Das kommt wiederum von der eigenmächtlich beschriebenen Darstellung her. Sucht man diese zwei Prozent Mehrbelastung mit der früheren Steuerbelastung, die von den Arbeitgebern selber mit zwei Prozent angegeben wird, in Vergleich zu bringen, so ergibt sich die erstaunliche Feststellung, daß die Steuer um 100 Prozent gestiegen ist, d. h. sich ver-

doppelt hat. Eine solche Steigerung um 100 Prozent nennt man dann eine „unerhebliche Abweichung“. Bei einem hohen Arbeitgeberlohn können allerdings solche Kleinigkeiten wie zweiprozentige Erhöhung der Einkommensteuer, 20prozentige Verminderung des Reallohnes, 50prozentige Erhöhung der Soziallasten, vielleicht noch dreiprozentige Verteuerung der Lebenshaltung durch Agrarzoll nichts ausmachen und persönlich leicht zu tragen sein. Je kleiner aber das Einkommen wird, um so wertvoller und lebenswichtiger wird jede einzelne Mark, um die der an sich schon geringe Lohn gekürzt wird. Zuletzt bedeutet eine solche Mark den letzten Rest von Lebensglück, Gesundheit und Daseinsfreude, auf die über das tägliche Brot hinaus ein jeder Mensch ein jütliches Anrecht hat.

Die Laufbahn eines revolutionären Bauarbeiterführers

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands hat durch einstimmigen Beschluß Herrn Paul Kaiser aus der Partei ausgeschlossen.

Wer ist Paul Kaiser? Maurer von Beruf, früher Sozialdemokrat. Dann schwenkte er zur U.S.P.D. über. Als nach dem Kriege die alten mehrheitssozialistischen Angestellten des Bauarbeiterverbandes in Berlin hinweggefegt und U.S.P.D.-Leute an ihre Stelle gesetzt wurden, begann Paul Kaisers Stern zu steigen: er wurde 2. Vorsitzender des Berliner Vereins. Dann zerfiel die U.S.P.D. Paul Kaiser war selbstverständlich bei jenen, die zur K.P.D. hinübergingen. Wegen „fortgesetzter schwerer Schädigung des Verbandes“ wurde er schließlich aus dem Bauarbeiterverbande ausgeschlossen. Inzwischen war von Sachjen her der kommunistische „Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter“ gegründet worden. Bald nahm Paul Kaiser dort eine führende Stellung ein. Von der Natur zwar nicht übermäßig mit Geist bedacht, dafür aber um so größer in der revolutionären Phrasen, war er für die Zwecke der K.P.D. just der rechte Mann. Wenn man seinen eigenen Angaben glauben darf, hatte er in Berlin rund 6000 Bauarbeiter um sich gesammelt und dadurch dem sozialistischen Bauarbeiterverband erheblichen Abbruch getan.

Also dieser Paul Kaiser ist jetzt aus der K.P.D. ausgeschlossen worden. Für den Ausschluß waren 11 Anklagepunkte bestimmend. Es genügt, wenn wir die beiden ersten hierher setzen:

1. Kaiser hat durch Zurückhalten von Verhandlungsgeldern, die dem Hauptvorstand des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter gehörten, die Lohn- und Streikbewegungen der Bauarbeiter in Königsberg, Leipzig und anderen Orten schwer geschädigt.

2. Kaiser hat dafür gewirkt, daß Streikbrecher, die aus seiner Organisation durch Schiedsgerichtsurteil ausgeschlossen waren, von dem Vorstand des Zweigvereins Berlin wieder in den Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter aufgenommen wurden.

Also war dieser Kaiser, um im kommunistischen Jargon zu reden, Führer einer Streikbrecherorganisation, und auch mit den ihm anvertrauten Geldern ist er nicht ordnungsgemäß verfahren.

Aber damit nimmt man es offenbar in der K.P.D. nicht so genau. Denn Kaiser ist nur vorübergehend ausgeschlossen. Sein Ausschuß gilt zunächst für ein Jahr. Sollte er in dieser Zeit, trotz seiner Nichtzugehörigkeit zur Partei, sich als Kommunist fühlen und betragen, so kann die Bauarbeiterfraktion Berlin nach einem Jahre die Wiederaufnahme bei der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands beantragen.“ Kaiser hat also „Bewährungsfrist“. Wenn er sich gut (im kommunistischen Sinne) hält, kann er nach einem Jahre erneut auf die Menschheit losgelassen werden. Oder ob er es vorzieht, inzwischen anderwärts eine Gastrolle zu geben? Auch das ist nicht ausgeschlossen. Es gibt ja noch die Syndikalisten und Anarchisten. Paul Kaiser hat es nie mit den Radikalen, immer mit den Radikaleren gehalten. Man könnte über das ganze lachen, wenn es nicht so unsagbar traurig und beschämend für die Arbeiterschaft wäre. Wie sagte doch der alte Bebel: „Arbeiter, seht euch die Führer an!“

Tarifbewegung

Doch keine Einigung im Holzgewerbe!

Wir teilten in der vorletzten Nummer mit, daß über den Reichstarifvertrag für das Holzgewerbe nur endlich eine Einigung zwischen den Parteien zustande gekommen sei. Diese war in der Tat erfolgt, aber nur zwischen den beiderseitigen Organisationsvertreterungen. Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes hat am 27. September die Vereinbarung abgelehnt. Es ist das zweitemal, daß die Vollversammlung der Unternehmer solcherart die Bestätigung ihrer eigenen Spitzenorganisation sabotiert. Die Kollegen vom christlichen Holzarbeiterverbande sehen nach diesem zweimaligen Scheitern der Verhandlungen keine Möglichkeit mehr, in absehbarer Zeit zu einem neuen Reichstarifvertrag zu kommen. Die Hauptziele der Arbeitgeber im Holzgewerbe sind die Verlängerung der Arbeitszeit und die Beseitigung der Ferien.

Aus dem Verbandsleben

Nachen: (Deutsch-Holländische Sekretärkonferenz). — Die im Regierungsbezirk Nachen und in Holland (Simburg) tätigen Sekretäre der christlichen Gewerkschaften fanden sich am 13. September 1924 zu einer Konferenz in Salkenburg (Holland) zusammen. Dort kleinere Konferenzen waren schon vorausgegangen. Die

Konferenz beschäftigte sich mit den wechselseitigen Beziehungen der christlichen Gewerkschaften im Grenzgebiet.

Zunächst wurde die Arbeitslosenversicherung in beiden Ländern besprochen. Parteilosekreditor Balbes, Aachen, referierte über die deutsche Erwerbslosenunterstützung, ein holländischer Kollege über Arbeitslosenversicherung in Holland.

Weiter wurde die Frage: „Auswärtige Arbeiter im Bergrevier Niederländisch-Limburg“ von Selzer (Holland) behandelt. Der Bergbau ist im Limburger Bergrevier in den letzten zehn Jahren gewaltig vorwärts geschritten.

Zum Schluß behandelte Kollege Kaszinger, Magstricht, das Thema: „Wechselwirkung auf dem Aachener und Magstrichter Arbeitsmarkt“.

Stins (Geerlen) als Vorsitzender der Konferenz faßte noch einmal alles zusammen und regte an, spätere Konferenzen einem Ausschuss zu übertragen.

Sozialpolitik

Erwerbslosenunterstützung und Lohnlage. Aus der kürzlich erlassenen Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge fällt einiges Licht auf die gegenwärtigen Lohnverhältnisse.

Schwerbeschädigte und Gewerbegerichte. Auf der Schwerbeschädigte bei seinem Eintritt in einen Betriebsbetrieb dem Arbeitgeber mitteilen, daß er schwerbeschädigt ist?

Verbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Berlin NO 18, hören, in den beteiligten Kreisen der größte Zweifel.

Lehrlinge zahlen keine Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge. In einem Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Wohlfahrtsminister in Preußen wird darauf hingewiesen, daß alle Lehrlinge von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge befreit sind.

Arbeitsrecht

SK. Können erkrankte Arbeitnehmer entlassen werden? Nach dem § 84 des Betriebsrätegesetzes kann gegen die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses u. a. auch Einspruch erhoben werden.

Stad Tarifverträge abdingbar? Seit der Verordnung vom 23. 12. 18 ist es wohl in Theorie und Praxis unbestritten, daß die normativen Bestimmungen der Tarifverträge unabdingbar sind.

Nach § 1 der Verordnung vom 23. 12. 1918 sind vom Tarifvertrag abweichende Vereinbarungen nur insoweit wirksam, als sie eine Änderung zugunsten des Arbeitnehmers enthalten.

Dieses Urteil enthält eine unerhörte Rechtsverletzung. Wir wollen nicht behaupten, daß das Gewerbegericht absichtlich das geltende Recht verletzt habe.

Bau-Rundschau

Mietermäßigung für Minderbemittelte?

Der Landesauschuss Bayern im Deutschen Gewerkschaftsbund hat dem bayerischen Finanzministerium folgenden Dringlichkeitsantrag unterbreitet: „Wir ersuchen das Staatsministerium der Finanzen dringend, noch im Monat September eine Anweisung an die zuständigen Außenstellen ergehen zu lassen, wonach Erwerbslosen und Kurzarbeitern, den Sozial-, Klein- und Armenrentnern, den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen die Zahlung der Miete durch den Erlaß des Steueranteils der Miete erleichtert wird.“

Bücherchau

- Neue Schriften, die aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften bei uns erschienen sind: Festschrift. Enthält auf feinstem Kunstdruckpapier die Zusammenfassung der hierunter aufgeführten Einzelschriften, sowie die Bilder der Gründer und Führer, wie auch die der verschiedenen Gewerkschaftshäuser.

- Um einem oft geäußerten Wunsche nachzukommen, haben wir uns entschlossen, die Lebensbeschreibung der Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Broschürenform herauszugeben. Nicht der persönlichen Güte willen sollen diese Lebensbeschreibungen dienen (es war wirklich schwer die Niederschriften zu erlangen), sondern der Erziehung und Nachahmung, besonders für die jüngeren Mitglieder der Bewegung.

Bekanntmachung

Gladdack i. W.

Um Verzögerungen in der Postzustellung zu vermeiden, wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das Verwaltungsstellenbüro seit dem 1. Oktober verlegt ist.

Sof. Einig, Gladdack i. W., Poststr. 6.

Rautabak billig! Nur an Zahlstellen.

Sannewacker, Orizim und Tripel, Doms, Cramer, dünne, mittel, dicke Rollen und Suseisenform; per Stück 12 Bfg., Cramer 15 Bfg., bei einer Mindestquantum von 250 Stk. Verpackung und Porto frei, ab Stammhaus per Nachnahme zuzüglich Nachnahmeporrio.